

Stellungnahme zum 17-Punkte-Plan des Kultusministeriums

Immer wieder ist von der NDV die Einstellungspolitik des MK kritisiert worden, nun muss die Ministerin im Hinblick auf die Unterrichtsversorgung den Offenbarungseid leisten.

Heiligenstadts 17-Punkte-Plan bedient sich eines Etiketts, das kompetentes Handeln suggeriert, aber zum großen Teil nur Regelungen kombiniert, deren Unwirksamkeit erwiesen ist. Dass den Schulen das Programm als Ganzes bis heute noch nicht mitgeteilt wurde und auch die Voraussetzungen für die Umsetzung noch gar nicht geschaffen sind, beweist, dass das Ministerium selbst nicht an die Wirksamkeit der Maßnahmen glaubt. Die meisten der genannten Punkte wie z. B. die Möglichkeit zu kurzfristiger Erhöhung der Teilzeit, Einbeziehung von Referendaren, die noch nicht examiniert sind, etc. haben sich bereits in der Vergangenheit als nicht umsetzbar herausgestellt.

Schon ein kurzer Blick aus der Schulpraxis zeigt, dass die hier vorgezeigten Instrumente stumpf sind, sie lassen sich neben den ganz hausinternen Vorschlägen zur Effizienzsteigerung bei administrativen Verfahren auf zwei Prinzipien zurückführen:

- Motivation von vorhandenen Lehrkräften zur Mehrarbeit und
- Anreize für weiteres Personal, in Niedersachsen zu arbeiten.

Der erste Punkt desavouiert sich auf dem Hintergrund des OVG-Urteils zur Lehrerarbeitszeit und der seit Jahren vergeblich angemahnten Entlastungsmaßnahmen von selbst. Alle Studien haben trotz ihrer diffusen und teilweise subjektiven empirischen Basis doch eins gezeigt: das niedersächsische Bildungssystem befindet sich im roten Bereich. Warnungen und Vorschläge gerade auch der NDV, etwa zur Umsetzung der Inklusion und zur Überbelastung im schuladministrativen Bereich, wurden ignoriert. Unterstützung wurde versprochen, aber nicht gewährt: Bis heute bekommen Gymnasien keine sozialpädagogische Unterstützung.

Beim zweiten Punkt geht es noch um einen anderen Aspekt: Hier werden die qualitativen Fragen von Eignung für den schwieriger und komplexer gewordener Unterricht völlig außer Acht gelassen. Hinter dem Begriff „Quereinsteiger“ verbirgt sich Personal ohne Lehramtsstudium, ohne pädagogische Ausbildung und Erprobung, nur wenige sind hier mittelfristig geeignet. Der Schulformbezug ist darüber hinaus völlig aufgegeben: der Plan, Gymnasiallehrer an Hauptschulen oder Förderschulen (!!) abzuordnen oder gar dort einzustellen, schafft erheblich mehr Probleme als er löst, und ist ein weiterer Schritt zur Auflösung des gegliederten Schulsystems. So geht es nicht weiter!

Die NDV fordert daher eine grundsätzliche Wende in der Bildungspolitik. Die beste Reform für die nächsten Jahre heißt: **keine Reform.**

Wir schlagen nach dem Vorbild von NRW einen Schulpakt zwischen den Parteien vor, der mindestens auf ein Jahrzehnt die bestehenden Strukturen festschreibt, um den Schulen endlich Zeit für die notwendigen inneren Entwicklungen zu geben, denn solide Schulentwicklung dauert länger, als es der Pulsschlag von Legislaturperioden zulässt. Das aber heißt auch: Schulformspezifische Unterschiede und

Eigenheiten werden anerkannt, die derzeitige Kultuspolitik, die latent auf ein Einheitsschulsystem hinarbeitet, ist sofort zu beenden.

Die NDV fordert eine Politik, die sich auf solche Maßnahmen beschränkt, die mit den vorhandenen finanziellen und personellen Ressourcen tatsächlich umsetzbar sind. Es muss Schluss sein mit einer Politik der realitätsfernen Versprechungen und Illusionen.

Die Initiative für einen Schulpakt sollte zeitnah in den Landtag eingebracht werden. Die NDV bietet an, seine Vorbereitung nachdrücklich zu unterstützen.

02.08. 2016

Dr. Wolfgang Schimpf, Vorsitzender NDV